

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS – Drucksache 14/1038 –

Pressebericht über ein Treffen des deutschen Botschafters in der Türkei mit dem Vorsitzenden der „Partei der Nationalen Bewegung“

Die Tageszeitung „junge welt“ berichtete am 29. April 1999 über ein Treffen des deutschen Botschafters mit dem Vorsitzenden der rechtsextremistischen „Partei der Nationalen Bewegung“ (MHP, auch bekannt als „Graue Wölfe“) in Ankara. Nach Angaben der Zeitung hat der deutsche Botschafter das Gespräch mit dem MHP-Chef als „sehr nützlich“ bezeichnet.

1. Trifft es zu, daß das o. g. Treffen stattgefunden hat?

Ja.

2. Auf wessen Initiative fand das Gespräch statt?

Das Gespräch fand auf Initiative der deutschen Botschaft statt. Mehrere EU-Partner hatten vorher ihr Interesse an Kontakten des Botschafters als Vertreter der EU-Präsidentschaft bekundet und haben sich anschließend von diesem unterrichten lassen. Andere Botschafter in Ankara, darunter auch die von EU-Mitgliedstaaten, haben den MHP-Vorsitzenden ebenfalls aufgesucht.

3. Wie bewertet die Bundesregierung das Treffen des deutschen Botschafters mit dem Chef der MHP?

Gespräche eines Botschafters mit der Führung aller parlamentarischen Kräfte im Gastland gehören weltweit zu dessen dienstlichen Obliegenheiten. Solche Kontakte werden im Gastland weder von im Parlament vertretenen Parteien noch von der Presse als Bewertung der von der jeweiligen Partei vertretenen Position mißverstanden. Sie sind vielmehr unerläßlicher Teil der Grundlage für die politische Berichterstattung der Botschaft an die Bundesregierung.

4. Teilt die Bundesregierung die Ansicht des Botschafters, daß das Gespräch mit dem MHP-Chef „sehr nützlich“ gewesen ist?

Auf die Antwort zu Frage 3 wird verwiesen.

5. Gehört ein Treffen der vorliegenden Art zu den dienstlichen Pflichten deutscher Botschafter oder Botschaftsmitarbeiter?

Wenn ja, wie vereinbart die Bundesregierung derartige Treffen

- mit ihrer Ankündigung, daß die Grundlage jeder Außenpolitik die Menschenrechte bilden sollen,
- mit ihrer Verpflichtung, den Kampf gegen Rechtsextremismus zu intensivieren?

Wenn nein, erwägt die Bundesregierung personelle Konsequenzen aufgrund des Treffens?

Ja; auf die Antwort zu Frage 3 wird verwiesen.

6. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß das Treffen des deutschen Botschafters mit dem Chef der MHP eine politische Aufwertung der faschistischen Kräfte in der Türkei bedeutet?

Nein.